

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Die Nahrungsmittelwirtschaft im Bezirk Heidelberg (Gemeindeverband Heidelberg-Land)**

**Wieneke, Hermann**

**Heidelberg, 1918**

a) Die Ware auf dem Wege zum Verbraucher

**urn:nbn:de:bsz:31-39885**

### 3. TEIL.

#### *Die Organisation der Verteilung.*

##### *a) Die Ware auf dem Wege zum Verbraucher.*

Die Hauptaufgabe hat der Gemeindeverband zweifelsohne bei der Verteilung der Nahrungsmittel zu lösen. Ihre Gesamtmenge ist zwar meist gegeben, doch bleibt es seiner mehr oder minder geschickten Politik überlassen, die besonderen Bedürfnisse und Gewohnheiten des örtlichen Kreises zu berücksichtigen, der Zusammensetzung der Bevölkerung und den hieraus folgenden lokal verschiedenen Wünschen nach Zulagen, Massenspeisung, nach differenzierter Rationierung Rechnung zu tragen. Damit geht ein gut Teil Verantwortung auf ihn über, andererseits bietet sich ihm die Möglichkeit, das starre System der Rationierung in eine einigermaßen elastische Form zu bringen. Als eine Institution, die die staatliche Initiative erst geboren hatte, stand er anfangs ohne jegliche Erfahrung vollendeten Tatsachen gegenüber. Um diese sich nicht erst in einem Stadium des Probierens und Lavierens anzueignen, erachtete er es daher für zweckmässig, sich der Faktoren der bisherigen normalen Wirtschaft zu bedienen. Es war also nichts natürlicher, als dass er bei der Waren-

verteilung den ansässigen Gross- und Kleinhandel heranzog, ganz abgesehen davon, dass er es für wirtschaftlich geboten hielt, diesen an und für sich mit Ausdehnung der öffentlichen Bewirtschaftung seine Selbständigkeit einbüssenden Erwerbszweig zu berücksichtigen, um ihn möglichst ungestört durch den Krieg zu bringen und für die Friedenstätigkeit leistungsfähig zu erhalten.

Wie bereits erwähnt, hat der Gemeindeverband daher mit dem exekutiven Teil, soweit nicht etwa ein direktes Benehmen zwischen Produzent und Konsument im Wege des Bezugscheinverfahrens — wie bei der Kartoffelverteilung ratsam erscheint — eine Grosshandelsfirma betraut, die ihrerseits die ihr zugewiesenen Waren auf die einzelnen Gemeinden verteilt. Diese wiederum berücksichtigen bei der Unterverteilung den Kleinhandel im Verhältnis seiner Kundenzahl, es sei denn, dass zuweilen eine unmittelbare Belieferung vorzuziehen ist. So wurden bisher vielfach Fett und Butter in Anbetracht des geringen Handelsnutzens von der Gemeinde direkt an die Verbraucher abgegeben, zuweilen lag auch eine bestimmte Absicht zugrunde, um etwa Selbstversorger von der Belieferung — wie z. B. gelegentlich der Zuckerverteilung — auszuschliessen. Die Gefahr, die anfangs bestand, dass Unregelmässigkeiten in der Verteilung an die Konsumenten unterlaufen konnten, hat das ausgedehnte Kartensystem so gut wie ganz beseitigt.

Was die Brotversorgung anbelangt, so war es

schon ein Ding der Unmöglichkeit, ein Gewerbe wie das der Bäcker auszuschalten. Eine Zentralisierung der Brotherstellung konnte für den Bezirk gar nicht in Frage kommen. Wie Getreide und Mehl für die öffentliche Bewirtschaftung überhaupt ein dankbares Objekt abgeben, so lässt sich auch in diesem Fall das Fertigprodukt, das Brot, gut auswiegen und seiner Beschaffenheit nach prüfen. Zudem ermöglicht die Überwachung der Bäcker in verhältnismässig einfacher Form die Brotkarte. So sind denn im Bezirk alle Bäckereien beschäftigt geblieben, ja, es mag noch besonders hervorgehoben werden, dass in vielen Fällen, wo der Bäcker selbst zum Kriegsdienst eingezogen ist, die Ehefrau hier sich in hervorragender Weise betätigt.

Auch hinsichtlich der Mehlverteilung hat man nicht auf die Mitwirkung des ansässigen Gewerbebetriebes verzichtet. Zwei Mühlen und die als Getreidekommissionär bestellte Grosshandelsfirma nehmen unter Berücksichtigung von Händlern als Unterverteilern die Belieferung der Bäcker vor. Anfangs waren auch die in der Stadt Heidelberg ansässigen Firmen herangezogen, da jedoch andererseits die Stadt die im Landbezirk wohnhaften, deren Beziehungen vom Frieden her nach Heidelberg führten, nicht berücksichtigte, gestand man letzteren gerechterweise das Alleinvertriebsrecht für den Landbezirk zu.

Weit schwieriger gestalteten sich dagegen die Verhältnisse bei der Fleischverteilung. Die Metzger

konnte man nicht ausschalten, andererseits musste die Eigenart der Ware die Kontrolle jener sehr erschweren, da den Metzgern das Vieh lebend zugeteilt wurde. Bekanntlich lässt sich aber am lebenden Stück Vieh das Schlachtgewicht nur schätzungsweise feststellen, so dass der Metzger immerhin zu viel oder zu wenig Fleisch erhält. Da sich aber andererseits nach dem Verhältnis von Schlachtgewicht und Zahl der Versorgungsberechtigten die Höhe der Ration bemessen sollte, so erhellt ohne weiteres, dass die zu verteilende Menge in den einzelnen Gemeinden und hier wieder in den einzelnen Versorgungsperioden sehr unterschiedlich ausfallen musste. Diese Tatsache durfte aber nicht durch Unredlichkeiten des Metzgers noch verschlimmert werden. Der Begriff Schlachtgewicht wurde daher genau definiert und ferner bestimmt, dass das Gewicht selbst von den Fleischbeschauern festzustellen sei. Die Mängel, die diesem ganzen System anhafteten, liessen bald den Gedanken aufkommen, die Schlachtungen in einer gemeinsamen Schlachthalle etwa in der Stadt Heidelberg zu zentralisieren, d. h. den einzelnen Metzgern lediglich das ausgeschlachtete Fleisch zur Verteilung zu überweisen. Doch waren die Hindernisse, die sich hier entgegenstellten, zu gross. Einmal war mit dem Widerstand der Metzger, deren Verdienst sich erheblich gekürzt hätte, zu rechnen, dann aber wären für die technische Durchführung besondere Massnahmen erforderlich geworden. Man vergegenwärtige sich nur, welche

Schwierigkeiten unter diesen Umständen eine Versorgung des Odenwaldes im Sommer bereitet hätte, zumal mit der Gestellung von Fuhrwerken bei den gegenwärtigen Verhältnissen nicht ohne weiteres gerechnet werden konnte. Nach fachmännischer Ansicht wäre allerdings durch eine derartige zentrale Regelung eine Ersparnis<sup>fr</sup> von 6 bis 10 Rindern pro Woche und einer entsprechenden Anzahl Kälbern und Schweinen gewährleistet. Um im übrigen die Verbraucher die Ungunst der Verhältnisse nicht zu sehr fühlen zu lassen, überweist der Gemeindeverband den einzelnen Gemeinden bereits Anfang der Woche das Schlachtvieh, so dass vor der Fleischausgabe Ende der Woche gegebenenfalls noch Reklamationen berücksichtigt werden können. —

Im Anschluss hieran können wir eine Art der Versorgung der Bevölkerung nicht unerwähnt lassen, die zwar ein teilweises Ausschalten des Handels erforderlich macht, dafür aber so viele Vorteile in sich birgt, dass man ihr behördlicherseits in jeder Weise Vorschub geleistet hat. Die meist unter nebensächlicher Beachtung der Rentabilität durchgeführte Produktion von Rohstoffen machte auf der anderen Seite deren restlose wirtschaftliche Auswertung zum Grund-erfordernis, und zwar vor allem dort, wo Objekte des täglichen Konsums in Frage kamen. Am besten glaubte man dieser Forderung entsprechen zu können, wenn man die Verbrauchereinheiten zu einem Ganzen zusammenfasste, d. h. sie im Wege der Massenspeisung

unmittelbar versorgte. So sehr gerade die Rationierung den Verfechtern dieses Systems zu weitgehendsten Forderungen Veranlassung gegeben hat, so wenig ist jedoch an eine generelle Durchführung zu denken, da individuelle Wünsche hier niemals berücksichtigt werden können. Es erhellt, dass daher die Massenküchenwirtschaft dort einen natürlichen Standort haben musste, wo die gleiche Tätigkeit der Individuen gleiche physische Bedürfnisse erweckte. So haben wir denn unsere Blicke vor allem nach dem westlichen Teil des Bezirks und dort insbesondere nach den Fabriken zu richten. Einige von diesen hatten schon im Frieden eine Kantinenwirtschaft mit Küchenbetrieb unterhalten. Die Erfahrungen, die man damit gemacht hatte, waren jedoch sehr verschieden. Zum Teil wurden die Küchen gern in Anspruch genommen, zum Teil sahen die Arbeiter jedoch hierin eine Begünstigung der Fabrik und zogen es vor, ausserhalb ihre Mahlzeiten einzunehmen, vielfach auch aus dem Bedürfnis heraus, wenigstens für kurze Zeit einmal in einer anderen Umgebung zu sein. Der Krieg lehrte, diesem System hier wieder weitgehendste Beachtung schenken. Vor allen Dingen lag der Gedanke nahe, die seit 1916 den Schwerst- und Rüstungsarbeitern gewährten Zulagen im Wege der Massenzubereitung auszuteilen. Auf diese Weise wurden die in Frage kommenden Mengen nicht nur rationell ausgewertet, es wurde auch einem Abfluss der Waren in die Familien der Arbeiter vorgebeugt;

denn es lag nun einmal im Sinne dieser Regelung — so roh es klingt, — lediglich die Kraft des Arbeiters zu erhalten, die Familie dagegen auf die allgemein statuierte Ration zu verweisen. Dass man aber meist nach kurzen Versuchen von einer derartigen Regelung wieder Abstand nahm, den Arbeitern die Waren vielmehr unmittelbar aushändigte, lag an dem Misstrauen dieser selbst, da sie in einem derartigen Verfahren eine Kürzung ihrer Ration zu erkennen glaubten. Der Wert dieser Einrichtungen wurde von den Fabriken nie verkannt. So haben verschiedene von ihnen, die selbst keine Fabrikküche unterhielten, an die Kriegsküchen der nächsten Gemeinden einen besonderen Zuschuss geleistet.

Nicht weniger von Bedeutung sind jedoch die Massenspeiseeinrichtungen für die Gemeinden geworden. Es kommen wohl hierfür, wie erwähnt, nur die industriell durchsetzten bzw. solche mit städtischem Charakter — im ganzen 12 — in Betracht, da die Selbstversorger von einer solchen Einrichtung aus naheliegenden Gründen wohl kaum Gebrauch machen würden, doch sind die Vorteile einer solchen Kriegsküche auch in den landwirtschaftlichen Gemeinden, namentlich in Zeiten, in denen es heisst, alle Kräfte für die Feldarbeit frei zu machen, nicht von der Hand zu weisen. Rein theoretisch betrachtet bietet dieses System den Familien mit kleinem Haushalt den grössten Vorteil, da z. B. die geringen Zuweisungen an Fett die Speisebereitung

in der eigenen Küche erschweren, doch hat die Praxis gezeigt, dass nicht minder grosse Haushaltungen die Annehmlichkeiten zu schätzen wissen, so dort, wo männliche wie weibliche Familienglieder jetzt ausser dem Hause gewerblich tätig sind.

Wenn die Rentabilität auch keine Rolle spielt, so sind die Aufwendungen für die Unterhaltung der Kriegsküchen doch vielfach dadurch herabgemindert worden, dass diese in freien Gebäuden, meist Schulhäusern, untergebracht werden konnten. Die Leitung des Betriebes geschieht ausserdem vielfach im Ehrenamt, in einigen Gemeinden stehen zudem Kochschülerinnen als Küchenpersonal zur Verfügung. Ferner wird der Gemeindeverband in dieser Hinsicht mit Geldmitteln von privater Seite bedacht.

#### *b) Die Rationierung.*

Wir haben schon Beweise erbringen können, dass mit dem Prinzip der Verwaltungswirtschaft der Gedanke eines freien Spiels der Kräfte unvereinbar war. Die Nahrungsmittelmenge war kontingentierte, die daraus resultierende gesteigerte Nachfrage durfte aber nicht dazu führen, dass die Ware dorthin ausschliesslich abfloss, wo die höchsten Preise gezahlt wurden. Andererseits konnte eine Massnahme lediglich derart, dass die Preise festgesetzt wurden, die Tatsache einer ungleichmässigen Versorgung noch nicht aus der Welt schaffen. Ein positiver Erfolg war nur